



Eine Schule für alle
NRW Bündnis

www.nrw-eineschule.de



Eine Schule für alle!

Gemeinsam lernen
von der ersten bis zur zehnten Klasse

Bild: Joachim Müllerchen, Wikipedia

Inhalt

Wer wir sind und was wir wollen	3
Unterstützerstimmen	
Aktion Humane Schule	4
Deutsches Kinderhilfswerk	
Deutscher Kinderschutzbund	
mittendrIn e.V.	5
Landesintegrationsrat NRW	
Sozialverband Deutschland	6
Dr. Jürgen Schmitter	
Prof. Dr. Hans Brügelmann	7
Prof. Dr. Ulrike Schildmann	
Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule NRW	8
LandeschülerInnenvertretung NRW	
Falken Bildungs- und Freizeitwerk NRW e.V.	9
Otto Herz	
Norbert Wichmann, Deutscher Gewerkschaftsbund Bezirk NRW	
GEW Ostwestfalen Lippe	10
Stellungnahmen und Erklärungen	
Prof. Dr. Anne Ratzki Individuelle Lern- und Leistungsentwicklung	11
Prof. Dr. Hans Wocken Die inklusive Schule in Bildern I	12
Eine Schule für alle- Leitbild, Leitlinien und Rahmenbedingungen	13
Detlef Träbert Aphorismen zur Schule	15
Eine Schule für alle. Vielfalt leben!	16
Prof. Dr. Hans Wocken Die inklusive Schule in Bildern 2	17
Dr. Brigitte Schumann Menschenrecht auf gemeinsames Lernen	18
Rückmeldebogen für UnterstützerInnen	20



Impressum/Kontakt

NRW Bündnis „Eine Schule für alle“
vi.S.d.P.: Uta Kumar;
Schildescher Str. 67, 33611 Bielefeld
www.nrw-eineschule.de
utakumar@gmx.de

Unterstützen Sie uns durch Spenden

Verein zur Förderung des NRW-Bündnis e.V.
Bankverbindung: Konto 3900390300
Bielefelder Volksbank eG, BLZ 480 600 36
Spenden sind steuerlich absetzbar!

Wer wir sind und was wir wollen



Unser im Mai 2007 gegründetes und stetig wachsendes NRW-Bündnis „Eine Schule für Alle“ ist ein Personen- und Organisationenbündnis, das völlig offen und unbürokratisch allen, die mitmachen möchten, Beteiligungsmöglichkeiten bietet.

Uns unterstützen bereits zahlreiche Personen sowie viele Organisationen u. a. attac-Gruppen, Gewerkschaften, Jugendverbände, Migrantenvertretungen, Schüler- und Elterninitiativen sowie Sozialverbände. Regional sind wir stark vertreten im Rheinland, im Ruhrgebiet, im Münsterland und in Ostwestfalen-Lippe.

Unsere Ziele:

- ✓ Eine Schule für Alle
- ✓ Mehr Chancengerechtigkeit bei der Bildung
- ✓ Inklusion: Alle SchülerInnen und Schüler haben das uneingeschränkte Recht, unabhängig von ihren Fähigkeiten oder Beeinträchtigungen sowie ihrer ethnischen, kulturellen oder sozialen Herkunft in einer Schule für alle zu lernen.
- ✓ Gemeinsames Lernen bis Klasse 10 ohne Selektieren, Sortieren und Abschulen
- ✓ Fähigkeiten individuell fördern: Kinder sind unterschiedlich; sie sollen individuell gefördert und dabei weder unter- noch überfordert werden
- ✓ Lernschule statt Paukschule: Individuell miteinander und voneinander lernen, kein Belehren und Eintrichtern
- ✓ Schule ohne Angst: Lernen mit Freude und Erfolgserlebnissen für alle.
- ✓ Mehr Demokratie in der Schule
- ✓ Ein hochwertiges wohnortnahes Schulangebot

Unsere Aktivitäten:

Fortlaufend findet ein Informationsaustausch über aktuelle Themen und bildungspolitische Entwicklungen statt. Wir bauen unsere gegenseitige Unterstützung sowie Vernetzung aus und entwickeln gemeinsam Strategien zur politischen Durchsetzung unserer Ziele. Die Bündnistreffen sind offen für alle UnterstützerInnen und Interessierte.

Vor Ort sind unsere Mitglieder in Initiativen für eine Schule für alle aktiv. Unsere Homepage www.nrw-eineschule.de informiert über aktuelle Termine, stellt Berichte, Stellungnahmen und Hintergrundinformationen aus unterschiedlichen Medien zur Verfügung.

Helfen Sie mit, das Ziel einer inklusiven Schule für alle zu erreichen. Unterstützen Sie unser Bündnis durch ihre Mitarbeit, eine Spende, ihre Unterschrift oder ganz einfach, indem sie es weitersagen:

Wir brauchen Eine Schule für alle!

Michael Baumeister, Wolfgang Blaschke, Uta Kumar

NRW-Bündnis Sprecherteam

Warum die Aktion Humane Schule das NRW-Bündnis unterstützt



Seit 1974 engagiert sich der Bundesverband Aktion Humane Schule e.V. als Lobby für mehr Menschlichkeit in der Schule. Ein Kriterium für Menschlichkeit ist soziale Gerechtigkeit, ein weiteres das Einbeziehen aller Menschen ohne Ausschluss Einzelner oder von Teilgruppen. Daher muss eine humane Schule in unserem Verständnis heutzutage eine inklusive Schule sein. Diese überwindet die Mehrgliedrigkeit im Sekundarbereich und wird als eine Schule für alle für die Dauer der gesamten Pflichtschulzeit organisiert. Sie überwindet damit außerdem die gesonderte schulische Bildung von Kindern und Jugendlichen mit geistiger, körperlicher oder Lernbehinderung – gemäß der UN-Konvention über die Rechten von Menschen mit Behinderung, die auch Deutschland unterzeichnet hat.

Das NRW-Bündnis „Eine Schule für alle“ setzt sich für diese Ziele im Bundesland Nordrhein-Westfalen ein. Es stellt damit einen natürlichen Partner im gemeinsamen Einsatz für MEHR Menschlichkeit in der Schule dar, den wir im Rahmen unserer Möglichkeiten nach besten Kräften unterstützen.

Dipl.-Päd. Detlef Träbert

Warum das Deutsche Kinderhilfswerk das Bündnis unterstützt



Das Deutsche Kinderhilfswerk ist ein Lobbyverband für Kinder, der sich im Leitbild verpflichtet hat sich für die Kinderrechte, die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen und die Überwindung der Kinderarmut einzusetzen. Das Recht auf Bildung und auf freie Meinungsbildung sowie auf einen angemessenen Lebensstandard sind die Rechte, die wir täglich für Kinder einfordern. Das Bündnis stellt sich auch diesen Fragen, bezogen auf die Schule. Wir unterstützen die Forderung nach einer bildungsgerechten Schule, nach einer demokratischen Schule, in der Kinder sich mit ihren Kompetenzen einbringen können, nach einer integrativen Schule und nach einer Schule, in der Kinder sich wohlfühlen. Dafür braucht es die vom Bündnis angemahnten Reformen. Wir wünschen dem Bündnis viel Erfolg und sind gern als Unterstützer dabei.

Dr. Heide-Rose Brückner, Bundesgeschäftsführerin Deutsches Kinderhilfswerk e.V.

Deutscher Kinderschutzbund – Landesverband NRW –



Warum der DKSB die Initiative „Eine Schule für alle“ unterstützt

Der DKSB hat sich die Verwirklichung der Kinderrechte aus der schon vor 20 Jahren von der UN-Vollversammlung verabschiedeten Kinderrechtskonvention auf seine Fahnen geschrieben. „Lobby für Kinder“ sein zu wollen, muss sich dadurch legitimieren, dass die Verfolgung der Kinderinteressen - das ist mehr als „Kindeswohl“ - Schwerpunkt in der alltäglichen Praxis vor Ort ist.

Dabei geht es nicht nur um den Wortlaut des „Gesetzes“ (Durch Ratifizierung durch den Deutschen Bundestag gelten die Normen der Kinderrechtskonvention als innerstaatliches Recht.) sondern auch um seinen Geist. D. h., was international so formuliert ist, dass es für alle Unterzeichnerländer passen kann, muss unter den konkreten gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen der Bundesrepublik Deutschland bzw. seines Bundeslandes NRW spezifisch konkretisiert werden.

2005 hat die Bundesmitgliederversammlung des DKSB in seinen 10 Thesen für ein zukunftsweises Erziehungs- und Bildungswesen u. a. formuliert: „Die kindgerechte Schule muss ein möglichst langes gemeinsames Leben und Lernen aller Kinder auf der Basis individueller Förderpläne unabhängig von ihren Lernvoraussetzungen bieten.“ Das bedeutet „Inklusion“ und nicht Ausgrenzung, Selektion oder separate Spezialisierung. Das bedeutet perspektivisch, die Vielgliedrigkeit unseres Schulsystems aufzugeben.

Der Artikel 29 der besagten UN-Kinderrechtskonvention ist für Struktur und Zielsetzung einer „Schule für alle“ maßgeblich. Kinder, die schon nach der vierten Grundschulklasse Schulformen zugeordnet werden, die ihre Lebenschancen verringern, werden in ihren Rechten auf eine optimale Vorbereitung auf ein selbst verantwortetes Leben in einer freien Gesellschaft, auf Toleranz Erfahrungen mit anders begabten Kindern sowie Entwicklung von Selbstbewusstsein unter Bedingungen von Vielfalt und Anderssein beschnitten.

Wo Kinder wegen angeblicher Minderbegabung bzw. körperlichen, geistigen oder seelischen Beeinträchtigungen etikettiert und institutionell zugeteilt werden, werden sie in ihrer Menschenwürde verletzt.

Das heißt nicht, dass es nicht tatsächlich entwicklungsbedingte und/oder geburtsspezifische Beeinträchtigungen bei vielen Kindern gibt. Diesen gerecht zu werden, bedarf es unterschiedlicher pädagogischer und auch therapeutischer Kompetenzen. Das kann aber nicht bedeuten, Kindern, Eltern und Pädagogen der Erfahrungen eines vielfältigen Miteinanders zu berauben. Die homogene Lerngruppe Gleichartiger ist ein von der Lebensrealität nicht gedeckter Artefakt. Mitverantwortung für andere zu übernehmen und Solidarität mit denen zu praktizieren, die es schwerer haben, lernt man nicht in nivellierter Abschottung sondern nur in den Herausforderungen gemeinsamen Lebens und Lernens im Miteinander. Darauf hat sich Schule strukturell, organisatorisch und inhaltlich einzustellen. Darauf zielt auch die 10.These in dem eingangs zitierten Beschluss des DKSB ab. Darin heißt es, dass die ausbildungsbedingte und institutionell begründete Hierarchisierung der pädagogischen Berufe überwunden werden muss. Pädagogen müssen vom Kindergarten bis zum Abitur nicht nur Fachwissen sondern auch Beziehungskompetenzen entwickeln, die es ihnen ermöglichen, Interesse am spezifischen Sosein der ihnen anvertrauten Kinder zu entwickeln und zu Vertrauenspersonen zu werden. Das würde sie befähigen, die Potentiale ihrer Kinder richtig einzuschätzen und in Kooperation mit anderen Kompetenzträgern die Persönlichkeitsfaktoren, die spezifische Begabung und die geistigen, körperlichen sowie sozialen Fähigkeiten der Kinder voll zur Entfaltung zu bringen (s. Art. 29 UN-Kinderrechtskonvention).

Dieter Greese

Warum mittendrin im NRW-Bündnis mitarbeitet



Schulen sind Orte der Bildung. Sie sollen nicht nur Wissen, sondern vor allem kognitive und soziale Kompetenzen vermitteln. Ihre ureigene Aufgabe ist die Bildung der Persönlichkeit. Um die beste Bildung für alle Kinder zu erreichen, darf Schule Kinder niemals demotivieren. Vorgestanzte Einheits-Lehrinhalte, Notendruck und die Praxis des Sortierens und Aussortierens von Kindern erzeugen bei vielen Kindern Lernhemmungen, Überdross, Abwehr, Versagensängste und seelische Not.

Die Schule der Zukunft setzt stattdessen auf Motivation zum Lernen und auf individuelle Förderung. Sie ist eine Schule, in der jedes Kind willkommen ist. Jedes Kind wird anhand seiner individuellen Entwicklungsmöglichkeiten gefördert und gefordert. Dafür müssen die sächlichen, finanziellen und personellen Voraussetzungen geschaffen werden. Deshalb arbeiten wir aktiv im NRW-Bündnis „Eine Schule für alle“ mit.

Wolfgang Blaschke, mittendrin e.V., Köln

Stellungnahme der LAGA NRW



Wir werden keinen Erfolg haben, wenn wir am bestehenden Bildungssystem festhalten. Es bleibt uns nichts anderes übrig, als Schule insgesamt neu zu denken. Es geht darum, dass der Regelbetrieb, der normale Schulalltag sich auf die Kinder einstellen muss, die unsere Schulen tatsächlich besuchen. Es geht um nichts anderes als um das altbekannte Prinzip, dass Schule vom Kinde ausgehen muss. Das selektive Schulsystem, das für individuelle Förderung wenig Raum lässt und sich immer nachteilig für Kinder aus sozioökonomisch schwachen Familien auswirkt, ist auf internationaler Ebene nicht ver-

tretbar: Dieses Schulsystem etabliert sich vor allem in Großstädten auf Kosten der Migrantenkinder. Ohne Migrantenkinder hätten viele Hauptschulen und Förderschulen längst geschlossen werden müssen. Dieses Schulsystem fördert nicht alle Kinder, sondern stigmatisiert viele Kinder sehr früh und vernichtet damit spätere Entwicklungsmöglichkeiten.

Dieses dreigliedrige Schulsystem gilt es abzuschaffen und durch eine Schule für alle ersetzen, die interkulturell ausgerichtet ist. Die Europäische Union hat uns die Aufgabe gestellt, die Interkulturelle Schule als Regelschule zu schaffen. Unter der Interkulturellen Schule ist die Schule der Einwanderungsgesellschaft gemeint, die für alle Kinder und Jugendliche, zugewanderte wie nicht-zugewanderte, optimale Lernbedingungen schafft.

Drei Merkmale der Interkulturellen Schule aus der Sicht der LAGA NRW:

1. Die Interkulturelle Schule ist eine mehrsprachige Schule, die auch die Herkunftssprachen der Migranten mit einbezieht.
2. In der Interkulturellen Schule wird die deutsche Sprache systematisch in allen Fächern gefördert.
3. Die Interkulturelle Schule fördert das interkulturelle Lernen.

Die Lebenswelten der gesamten Schülerschaft werden in den Unterricht und das Schulleben einbezogen. An vielen Schulen, Kindertagesstätten und anderen Bildungseinrichtungen gibt es zahlreiche Beispiele, die in die Zukunft weisen. Sie zeigen, dass ein Lehren und Lernen in mehrsprachigen Klassen und Gruppen auf hohem Niveau durchaus möglich ist. Diese Beispiele dürfen aber nicht isolierte Einzelfälle bleiben, vielmehr müssen sie Allgemeingut an allen Schulen und Bildungseinrichtungen werden.

Tayfun Kelttek, Vorsitzender der LAGA NRW

Der Sozialverband Deutschland unterstützt das NRW-Bündnis „Eine Schule für alle“



Der Sozialverband Deutschland, Landesverband NRW, tritt für die umfassende Teilhabe und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen ein. Jede Begabung muss gefördert werden. Die Weichen dafür werden bereits im Kindesalter gestellt. Wir wollen daher ein Bildungssystem, das alle Kinder einbezieht. Behinderte und nicht behinderte Kinder müssen von Anfang an gemeinsam aufwachsen und lernen können. Mit der Unterzeichnung der UN-Behindertenrechtskonvention hat sich die Bundesrepublik zu einem inklusiven Bildungssystem verpflichtet. Das heißt: Kein Kind darf zurückgelassen und ausgesondert werden. Dafür machen wir uns stark. Die Bundesländer sind jetzt in der Pflicht zu handeln. Sie müssen sicherstellen, dass alle Kinder und Jugendlichen gleiche Bildungschancen haben. Der Unterstützungsbedarf muss zu den Kindern in die Regelschule kommen und nicht umgekehrt. Der SoVD NRW setzt sich mit Nachdruck dafür ein, dass die praktische Umsetzung der Konvention nicht auf die lange Bank geschoben wird. Gemeinsam mit den MitstreiterInnen im NRW-Bündnis „Eine Schule für alle“ wollen wir dafür kämpfen, dass „alle inklusive“ auch in Nordrhein-Westfalen verwirklicht werden kann.

Marianne Saarholz, Landesvorsitzende des SoVD NRW , 2009

Dr. Jürgen Schmitter

Warum ich mich im Münsterland für eine Schule für alle Kinder einsetze

Als ehemaliger Gewerkschaftsvorsitzender der GEW in NRW und Berufsschullehrer a.D. konzentriere ich mein schulpolitisches Engagement auf den Ort, in dem ich wohne (Metelen, nahe Horstmar/Schöppingen) und die Region, in der ich lebe (den Kreis Steinfurt im Münsterland). Ich möchte möglichst alle Eltern dafür gewinnen, ihre Kinder vor Ort gemeinsam auf eine weiterführende, qualitativ gute Gemeinschaftsschule zu schicken, die niemanden ausschließt und alle fördert.

Unser bestehendes Schulsystem ist immer noch durch Chancenungleichheit geprägt, da die soziale oder ethnische Herkunft, das Milieu, die finanziellen Möglichkeiten und bestehende Handicaps über den Lernerfolg entscheiden. Um dies zu verändern, müssen sowohl die inklusive Bildung gesetzlich durchgesetzt als auch vor Ort Vorurteile abgebaut und Mentalitäten geändert werden. An diesem Prozess des „Dicke-Bretter-Bohrens“ beteilige ich mich und deshalb unterstütze ich das NRW-Bündnis „Eine Schule für alle“.

Hans Brügelmann, Professor für Grundschulpädagogik und -didaktik an der Universität Siegen
Warum ich das NRW-Bündnis „Eine Schule für alle“ unterstütze

Mit einem Entwicklungsunterschied von drei bis vier Jahren in allen Leistungsdimensionen kommen Kinder in die Schule. Wie sollen da alle dieselben Ziele zum gleichen Zeitpunkt erreichen? Und was rechtfertigt es, sie bei Nichterreichen auszusondern: durch Zurückstellung am Schulanfang, durch Wiederholung der Klasse, durch Überweisung auf die Sonderschule, durch Aufgliederung am Ende von Klasse 4 oder 6 auf verschiedene Schularten, die ihnen besondere Bildungschancen eröffnen – oder vorenthalten? Zudem ist es eine Illusion zu glauben, man könne durch Auslese homogene Gruppen erreichen. Bei jeder weiteren Aufteilung werden in einem selektiven System neue Unterschiede sichtbar - und pädagogisch bedeutsam. Bis wir beim einzelnen Kind angelangt sind. Allein oder nur von Erwachsenen können Kinder aber nicht lernen, von der ökonomischen Unfinanzierbarkeit eines Einzelunterrichts ganz zu schweigen. Darum müssen wir den Anregungsgehalt der heterogenen Gruppe pädagogisch nutzen.

Die einzelnen in der Gruppe mit ihren Besonderheiten respektvoll wahrzunehmen und ihnen Raum für die Entwicklung ihres individuellen Potenzials zu geben – das ist die Aufgabe von Lehrer/innen. Und es ist das Selbstverständnis des Reformverbands ‚Blick über den Zaun‘, für den ich mich als Sprecher engagiere und in dem viele Schulen tagtäglich belegen, wie produktiv ein gemeinsamer Unterricht über Klasse 4 hinaus sein kann. Darum unterstütze ich auch das NRW-Bündnis „Eine Schule für alle“ – wohl wissend, dass eine Strukturreform allein nicht ausreicht, um jedem einzelnen gerecht zu werden. Aber sie ist die Voraussetzung, damit Lehrer/innen sich mit aller Kraft ihrem Förderauftrag widmen können.

Prof. Dr. Ulrike Schildmann

Frauenforschung in Rehabilitation und Pädagogik bei Behinderung

Fakultät Rehabilitationswissenschaften der TU Dortmund

Das Aktionsbündnis unterstütze ich, weil ich mich seit den Anfängen der Integrationsbewegung in den 1970er Jahren davon überzeugen konnte, dass eine integrative/inklusive Förderung aller Kinder nicht nur möglich ist, sondern auch für alle am Prozess Beteiligten gewinnbringend sein kann. Das haben die wissenschaftlich begleiteten Modellversuche der späten 70er und gesamten 80er Jahre unzweifelhaft gezeigt. Auch Nordrhein-Westfalen hat mit seinen Modell-Projekten im Elementar-, Primar- und Sekundarbereich des Bildungswesens zu den positiven Integrationserfahrungen beitragen können. Allerdings ist in diesem Bundesland die Entwicklung auf halber Strecke stecken geblieben. Während in anderen Bundesländern die integrative Beschulung von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf einen sichtbaren Stellenwert erhalten hat, nicht zuletzt durch eindeutige Formulierungen in den Schulgesetzen, ist NRW in dieser Hinsicht zurück(haltend) geblieben und heute als eines der Schlusslichter in Sachen schulischer Integration/Inklusion anzusehen.

Integration/Inklusion setzen voraus, dass ein dezidierter politischer und pädagogischer Wille zur Veränderung besteht: „Integration beginnt in den Köpfen“, wie Georg Feuser schon in den 80er Jahren proklamierte! In den Köpfen, das heißt, wissenschaftlich ausgedrückt, auf der innerpsychi-

schen Ebene. Diese wird ergänzt durch die interaktionelle, die institutionelle und die gesellschaftliche Ebene (vgl. Systematik der wiss. Begleitforschung von Helmut Reiser und Mitarbeiterinnen in den 80er Jahren). Gerade letztgenannte Ebene, die gesellschaftliche, bedarf wohl heute dringend eines neuen bildungspolitischen Schubes, sollen vor allem die institutionellen Grundlagen für eine gelingende Integration/Inklusion geschaffen werden. Nicht zu unterschätzen ist in diesem Zusammenhang auch, gerade in NRW, die Notwendigkeit einer integrationsfördernden universitären Ausbildung der zukünftigen Lehrerinnen und Lehrer; die in den Lehrerausbildungsgesetzen und -ordnungen verankert sein muss, was in NRW noch aussteht: Mädchen und Jungen mit unterschiedlichem Lernhintergrund, mit unterschiedlichen Lernbedingungen und Fähigkeiten brauchen Lehrerinnen und Lehrer, die die individuellen Unterschiede von Kindern und Jugendlichen positiv wertschätzen und den „Umgang mit Heterogenität“ als professionelle Herausforderung ansehen und bewältigen können

Werner Kerski, Landesvorstand GGG-NRW

Eine Schule für alle

Seit 1969 engagiert sich die Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule (GGG) in NRW für das gemeinsame Lernen aller Schülerinnen und Schüler während der gesamten Pflichtschulzeit, also bis zum Ende des 10. Schuljahres. Erstens ist es für eine demokratische Gesellschaft absolut widersprüchlich, die Schulstruktur einer Ständegesellschaft der Kaiserzeit beizubehalten. Eine Gesellschaft, die Chancengleichheit proklamiert, steht in der Pflicht, Benachteiligungen zu bekämpfen, das bedeutet für den schulischen Bereich, individuelle Begabungen bei jedem Kind zu fördern. Eine demokratische Gesellschaft eröffnet Chancen und grenzt nicht aus. Längst wird diese politische Forderung durch die Erkenntnisse der pädagogischen Wissenschaft unterstützt: Niemand kann nach knapp 4 Schuljahren, d.h. für ein neunjähriges Kind, die Schullaufbahn voraussagen – schließlich stehen den Kindern viele Entwicklungsmöglichkeiten offen. Damit steht unser pädagogisches Ziel: Kein Kind darf ausgegrenzt werden! Kein Kind darf beschämt werden!

LSV NRW

Die LandeschülerInnenvertretung Nordrhein-Westfalen (LSV NRW) fordert die Einführung eines Schulsystems, in dem alle Schülerinnen und Schüler gemeinsam lernen können. In einem Schulsystem, in dem nach der vierten Klasse in verschiedene Schulformen unterteilt wird, ist es nicht möglich, Toleranz und den Gleichheitsgrundsatz zu vermitteln.

In der Grundschule lernen leistungsstärkere und leistungsschwächere Schülerinnen und Schüler gemeinsam in einer Klasse, ohne dabei die einen zu unterfordern und die anderen auf halber Strecke liegen zu lassen. Hier profitieren alle Schüler von ihren Mitschülern. Warum soll dieses wunderbare System also nicht auch nach der vierten Klasse noch eingesetzt werden?

Die jungen Menschen sollen sich in der Schule wohl fühlen und diese gerne besuchen – und dass nicht nur zum Lernen im Unterricht. Die LSV wünscht sich eine Schule ohne Ausgrenzung und Unterdrückung in der ALLE gemeinsam lernen können und darum unterstützt sie das NRW-Bündnis Eine Schule für Alle.

Norbert Kozicki

Falken Bildungs- und Freizeitwerk Nordrhein-Westfalen e.V.

„Wer gehört hier nicht hin?“ ist häufig eine zentrale Fragestellung, die im gegliederten Schulsystem im pädagogischen Alltag auftaucht. Dementsprechend werden die Kinder und Jugendlichen im gegliederten Schulbetrieb behandelt, nämlich als defizitäre Wesen. Diese Fragestellung sollte durch die Frage „Wie können Kinder und Jugendliche optimal gefördert werden?“ ersetzt werden. Und das geht nur in einer Schule, die für alle da ist. Deswegen hängen optimale Förderung von Kindern und Veränderung der Schulstruktur zusammen. Die heutige Existenz des gegliederten Schulsystem in Deutschland zeigt, wie veränderungsresistent dieses Schulsystem ist. Schon vor 90 Jahren formulierte der Deutsche Lehrerverein in seinen Schulforderungen: „Das gesamte öffentliche Bildungswesen muss nach dem Plan der Einheitsschule aufgebaut werden, der Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Unterrichtsmittel für alle Zöglinge und erhöhte Fürsorge durch Unterhaltsbeihilfen für Unbemittelte zur Voraussetzung hat.“ (aus: Schulpolitisches Programm des „Deutschen Lehrervereins“, 1919)

Otto Herz

Eine Schule der VIELFALT IN DER GEMEINSAMKEIT

„Der Schulaufbau betont den Klassengeist: ... Schon im Alter von 10 Jahren sieht sich das Kind eingruppiert oder klassifiziert durch Faktoren, auf die es keinen Einfluß hat, wobei diese Einstufung fast unvermeidlich seine Stellung für das ganze Leben bestimmt.

Dieses System hat bei einer kleinen Gruppe eine überlegene Haltung und bei der Mehrzahl der Deutschen ein Minderwertigkeitsgefühl entwickelt, das jene Unterwürfigkeit und jenen Mangel an Selbstbestimmung möglich machte, auf dem das autoritäre Führerprinzip gedieh ... ; daher müssen wir auf eine Milderung der Klassen- und Glaubensgegensätze dringen. Und es muß sich die Auffassung durchsetzen, dass die Schule ein Hauptfaktor für die innere Demokratisierung Deutschlands ist.“
Aus: Direktive Nr. 54 des Alliierten Kontrollrats, 25. Juni 1947

10 Forderungen für die Neugestaltung des deutschen Bildungswesens

Diese – zutreffende! - Feststellung von vor über 60 Jahren harret noch immer der konsequenten Einlösung: durch die EINE SCHULE FÜR ALLE, eine Schule der VIELFALT IN DER GEMEINSAMKEIT. Zur möglichst umgehenden Einlösung beizutragen, wo und wie ich kann, fühle ich mich weiterhin verpflichtet im Netzwerk derer, die das Menschenrecht auf inklusive Bildung auch in Deutschland, in NRW durchsetzen wollen und durchsetzen werden.

Otto Herz

eh. Bundesvorsitzender der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule (GGG)

eh. Mitglied im Bundesvorstand der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)

Norbert Wichmann,

DGB Bezirk NRW, Abteilungsleiter Bildung, berufliche Bildung, Handwerk, März 2009

Ich unterstütze das Bündnis „Eine Schule für alle“. Das im internationalen Vergleich hochgradig selektive Schulwesen in Deutschland ist sozial ungerecht, leistungsfeindlich und es beruht auf einem vordemokratischen Begabungsglauben. Der DGB fordert seit langem, dass Chancengleichheit wieder in den Mittelpunkt der bildungspolitischen Debatten gehört. Konservative fordern stattdessen mehr „Chancengerechtigkeit“. Das ist keine Wortklauberei, sondern Ausdruck einer grundsätzlich unterschiedlichen Ausrichtung in der Schulpolitik. Danach ist es gerecht, wenn Kinder und Jugendliche mit dem Hinweis auf ihre vermeintlich mindere („praktische“) Begabung hin auf Schulformen verwiesen werden, die ihrem angeblichen Leistungsniveau entsprechen. Dahinter verbirgt sich nichts

anderes als die Vorstellung, dass ein Schul- und Bildungssystem ein Abbild vorhandener Begabungen sein soll. Konsequenterweise verweigert man den betroffenen Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit, ihre Potenziale zu entfalten. Die Ergebnisse der internationalen Schulleistungsstudien zum Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungserfolg werden schlicht ignoriert. Die Kinder werden faktisch nicht nach Begabungen sondern nach sozialer Herkunft auf die Schulformen aufgeteilt. Am dramatischsten zeigt sich dies in den Förderschulen für Lernbehinderte. Der DGB sagt: Inklusion statt Ausgrenzung ist das Gebot der Stunde.

Die Geschichte des gegliederten Schulwesens ist die Geschichte von sozialer Ausgrenzung und Segregation. Ohne ein längeres gemeinsames Lernen aller Schülerinnen und Schüler stoßen die Reformbemühungen im Schulwesen an ihre Grenzen. Innere und äußere Schulreform müssen endlich Hand in Hand gehen.

Warum die GEW in Ostwestfalen Lippe das Bündnis „Eine Schule für alle“ unterstützt:

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft steht hinter dem gemeinsamen Lernen von Kindern. Kinder aller sozialer Schichten und Kinder mit und ohne Behinderungen gehören nicht nur in der Grundschulzeit in eine Klasse. Das Grundgesetz gebietet, niemanden wegen seiner Herkunft oder Behinderung zu benachteiligen. Deshalb fordert die GEW bundesweit das gemeinsame Lernen bis zum Ende der Pflichtschulzeit aller Kinder und Jugendlichen, in NRW also bis zum Ende des zehnten Schuljahres. Sie erteilt damit auch denjenigen Parteien eine Absage, die immer noch behaupten, das gegliederte Schulsystem wäre die Umsetzung einer begabungsorientierten Förderung. Mit diesem Scheinargument werden die Interessen von denen bedient, die sich –oft als privilegierter Teil einer Gesellschaft– abseits stellen möchten. Diese Haltung war schon immer unsozial. Mittlerweile setzt sich aber auch die Erkenntnis durch, dass das Vorenthalten von Bildung einen wirtschaftlichen Schaden verursacht. Wissenschaftliche Untersuchungen belegen, dass sowohl lernstarke als auch lernschwächere Kinder durch den gemeinsamen Unterricht profitieren. Dabei hat die GEW nicht nur die pädagogischen Leitlinien zu betrachten, sondern muss auch die Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Wandlung zu dieser heterogenen Pädagogik im Blick haben. Deshalb fordert sie bessere Lern- und Lehrbedingungen: Kleinere Klassen, gut ausgestattete Schulen, attraktive Schulgebäude, multiprofessionelle Teams in jeder Schule und eine angemessene Arbeitszeit für die Pädagoginnen und Pädagogen.

Die gemeinsame Schulzeit ist das wichtigste Bindeglied einer demokratischen Gesellschaft und trägt zu ihrem Erhalt bei. Menschen unterschiedlicher Herkunft und Denkweisen haben die Chance sich kennen- und respektieren zu lernen. Bündnisse, die dieses Ziel verfolgen, leisten einen sinnvollen Beitrag zum Zusammenwachsen unserer Gesellschaft.

**Sabine Unger, Vorsitzende GEW Ostwestfalen-Lippe
Detmold, den 24.01.10**

Prof. Dr. Anne Ratzki

Individuelle Lern- und Leistungsentwicklung für alle verwirklichen

Obwohl alle PISA-Ergebnisse dagegen sprechen, herrscht in Deutschland noch immer die Meinung vor, man müsse die Kinder nur möglichst trennscharf sortieren, um ihr Lernen zu fördern und beste Leistungen zu erhalten. Das trifft vor allem die behinderten Kinder hart, denn sie werden in Sonderschulen separiert, vom Lernen mit den anderen Kindern ausgeschlossen und dadurch in ihrer Lernentwicklung massiv behindert und benachteiligt. Dass in inklusiven Schulsystemen alle Schüler und Schülerinnen ihre bestmöglichen Leistungsergebnisse erzielen können, lässt sich an Kanada und Südtirol zeigen.

Das Beispiel Kanada

In Kanada begegnet man in den Schulen dem Satz „We celebrate difference“. Kanada ist ein Einwanderungsland, 80% der Schülerinnen und Schüler sind nicht in Kanada geboren. Ihre Sprachen, ihre Kulturen werden hoch geschätzt und diese Wertschätzung wird gelebt. Aber die Wertschätzung der Verschiedenheit bezieht sich auch auf alle Kinder und Jugendlichen, die besondere Förderung brauchen, Behinderte wie Hochbegabte. Die Kanadier nennen diese Kinder „exceptional children“. Hier wird Verschiedenheit nicht in eine Rangordnung gebracht, sondern Behinderung wie Hochbegabung als „außergewöhnlich“ anerkannt. In allen Schulen gibt es besondere Förderzentren für eingewanderte Kinder und eigene Förderzentren für „exceptional children“. Alle Kinder sind im Fachunterricht integriert und erhalten ihre besondere Förderung durch diese „Resource Centres“. Kanada hat eine gemeinsame Schule für alle Kinder bis zum Highschool Diplom nach der 12. Klasse. Die Leistungen der kanadischen Schülerinnen und Schüler stehen zuverlässig an der Weltspitze, kanadische Kommunen erhalten immer wieder hohe internationale Auszeichnungen für ihre Bildungserfolge (Bertelsmann-Preis 1996 in Durham und 2008 in Toronto).

Das Beispiel Südtirol

In Südtirol zeigt sich, zu welchen Leistungen alle Schüler gelangen können, wenn die Lehrkräfte den Blick auf das einzelne Kind und seine individuellen Fähigkeiten und Interessen richten. Die Schulen verbinden das italienische Schulgesetz, das die Inklusion aller behinderten Kinder vorschreibt, mit einer permanenten Schulreform. Als Leitbild findet man schon im Kindergarten den Satz: „Wir achten die Einzigartigkeit eines jeden Kindes und vertrauen auf sein Potenzial“. Die persönliche Entwicklung der Kinder zu selbständigen Lernern wird durch zunehmenden Wahlunterricht gefördert, die Lehrkräfte werden Lernberater. Alle behinderten Kinder nehmen bis in die Oberstufe am Gemeinsamen Unterricht teil und haben je nach Bedarf eigene Lernhelfer. In Südtirol besuchen die Schüler bis zur Klasse 8 eine gemeinsame Schule und können dann selbst einen Zweig der 5-jährigen Oberstufe wählen. Südtirol hat bei PISA 2006 auf finnischem Niveau abgeschnitten. Leistungsuntersuchungen an Gesamtschulen mit Integrationsklassen in NRW Grundschulen und Gesamtschulen, also Schulen mit heterogener Schülerschaft, waren auch die ersten, die in den 80er und 90er Jahren behinderte Kinder in Integrationsklassen aufnahmen. 1999 beauftragte das Kultusministerium NRW die Schulaufsicht Gesamtschule zu untersuchen, wie sich die Leistungen der nichtbehinderten Kinder in den Integrationsklassen entwickelt hatten.

Diese Untersuchung in allen Integrationsgesamtschulen in NRW ergab, dass die Integrationsklassen mindestens auf dem Durchschnitt des Jahrgangs lagen, oft aber die leistungsstärksten Klassen im Jahrgang waren. Alle Lehrkräfte berichteten davon, dass das soziale Klima in diesen Klassen besonders positiv war. Die Erklärung für dieses Ergebnis wurde darin gesehen, dass die Anwesenheit behinderter Kinder zu einem individuelleren Unterricht führte, oft mit einer zweiten Lehrkraft, und die

einzelnen Kinder der Klasse stärker beachtet und alle individuell gefördert wurden. Diese Ergebnisse decken sich im Übrigen mit den zahlreichen Befunden aus der wissenschaftlichen Begleitforschung zum Gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderungen.

Ein Fazit

Es gibt verschiedene Wege, die Leistungen aller Schülerinnen und Schüler zu verbessern, doch es gibt auch gemeinsame Voraussetzungen: Wir brauchen Schulen ohne Aussonderung, wo Kinder in Sicherheit lernen können, wo ihre Verschiedenheit als Chance erkannt und genutzt wird, ihre Potenziale gefördert werden und sie Hilfe erhalten, wenn sie Hilfe brauchen. „Risikoschüler und schülerinnen“ dürfte es dann kaum noch geben

Prof. Dr. Hans Wocken Die inklusive Schule I



Vielfalt des Unterrichts

(bildungsklick, 27.05.2009
Lernschule oder Arbeitsschule)

Lernen mit:



Vielfalt der Sinne

Hans Wocken, Das Haus der inklusiven Schule.
Baustellen - Baupläne - Bausteine
Hamburg (Feldhaus) 2011

I. Leitbild

In einer Schule für alle sind alle Kinder willkommen. Sie stärkt das Individuum und befähigt zur aktiven Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Sie orientiert sich am humanistischen Menschenbild, an den Grundsätzen einer demokratischen Gesellschaft und den allgemeinen Menschenrechten. Sie ist den Kinderrechten und den Rechten von Menschen mit Behinderungen verpflichtet, wie sie in der UN-Kinderrechtskonvention und der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen festgelegt sind.

Das bedeutet:

✓ Die Schule für alle ist inklusiv

Sie ist barrierefrei, alle Kinder gehören dazu. Alle Kinder lernen miteinander und voneinander. Achtung, Wertschätzung und Ermutigung prägen den Umgang miteinander. Jedes Kind wird in seiner Individualität angenommen und gebildet. Die Schule trägt Verantwortung für den Lernerfolg aller Kinder.

✓ Die Schule für alle ist demokratisch und partizipativ

Die Kinder lernen Demokratie und Solidarität zu leben. Die Schule befähigt die Kinder zu Kritikfähigkeit und zur Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen. Die Kinder sind Subjekte ihrer Lernprozesse und werden an allen Entscheidungen des Schullebens und des Unterrichts beteiligt. In der Verantwortung für sich, für andere und für das eigene Lernen werden sie bestmöglich von der Schule unterstützt.

✓ Eine Schule für alle ist interkulturell

Die natürliche Mehrsprachigkeit ist das Fundament der sprachlichen Entwicklung jedes Kindes in unserem Land, das eine andere Muttersprache als Deutsch hat. Verkümmert die Muttersprache, verliert das Kind die Grundlagen für eine erfolgreiche sprachliche Entwicklung in der Zweitsprache und somit die Basis für den Schulerfolg. Die Schule muss die Muttersprache in den Sprachentwicklungsprozess der Kinder einbeziehen. Ihre Förderung darf nicht als private Angelegenheit der Eltern abgetan werden, wenn man diesen Kindern eine echte Bildungschance ermöglichen will.

✓ Die Schule für alle ist Lern- und Lebensort

Für jedes Kind sichert sie gleiche Bildungschancen unabhängig von Elternhaus und Einkommen, sozialer sowie kultureller Herkunft und individuellen Fähigkeiten. Sie ist Ort des Lernens aber zugleich Lebens- und Erfahrungsraum. Sie ist wohnortnah, eingebunden in den Stadtteil bzw. das Wohnumfeld der Kinder und orientiert sich an ihren Bedürfnissen und Lebenslagen.

2. Leitlinien für die Schul- und die Unterrichtsorganisation

✓ Die Schule für alle umfasst 10 gemeinsame Lernjahre.

Sie setzt sich zusammen aus der Primarstufe mit den Jahrgängen 1-6 und der Sekundarstufe I mit den Jahrgängen 7-10. Sie ist als pädagogische Einheit konzipiert und in der Regel auch als organisatorische Einheit zu realisieren.

✓ Eine Trennung in verschiedene Bildungsgänge in der Sekundarstufe I entfällt.

Das lernfördernde Potential heterogener Gruppen wird genutzt für eine ganzheitliche Persönlichkeitsbildung.

✓ Alle SchülerInnen beenden die Sekundarstufe I mit einem Abschluss, der die individuellen Kompetenzen dokumentiert.

Ihren erworbenen Kompetenzen und unterschiedlichen Neigungen entsprechend haben die SchülerInnen danach die Wahl zwischen berufsbildenden oder allgemeinbildenden Bildungsgän-

gen in der Sekundarstufe II, die in der Regel in eigenständigen Oberstufenzentren organisiert sind. Schülern und Schülerinnen mit Behinderungen wird durch individuelle Unterstützung ermöglicht, den Bildungsgang ihrer Wahl erfolgreich abzuschließen.

✓ **Es ist normal, verschieden zu sein. Binnendifferenzierung ist Unterrichtsprinzip.**

Alle Kinder lernen auf der Grundlage eines gemeinsamen Curriculums nach individuellen Lernplänen ohne äußere Fachleistungsdifferenzierung/Niveaurokurse. Der gemeinsame Unterricht erfolgt z.B. über eine differenzierte Aufgabenkultur und kooperative Lernformen, über Offenen Unterricht und Projekte. Freiräume für selbstbestimmtes Lernen und Förderunterricht ergänzen das Lernangebot.

✓ **Ziffernnoten und Klassenwiederholungen gibt es nicht.**

Leistungsbewertung dient der Stärkung individueller Lernentwicklung und Leistungsbereitschaft. Deshalb treten an die Stelle von Ziffernnoten Lernberichte, die sich an der individuellen Lernentwicklung und individuell vereinbarten Lernzielen orientieren. Diese Lernberichte werden ergänzt durch unterschiedliche Formen der SchülerInnen selbststeinschätzung und regelmäßige LehrerInnen-SchülerInnen-Elterngespräche.

✓ **Die Schule wird kostenfreie Ganztagschule.**

Nur in der Ganztagschule kann eine wünschenswerte Rhythmisierung des Schulalltags, eine Entzerrung der Unterrichtsangebote und der Anspruch ganzheitlicher Bildung erfüllt werden.

✓ **Die Schule öffnet sich zum Stadtteil.**

Sie ist vernetzt mit außerschulischen Institutionen. Sie beteiligt Experten von außen und übernimmt Aufgaben im sozialen Umfeld der Schule.

✓ **Jede Schule erhält eine angemessene personelle und materielle Ausstattung.**

Eine angenehme und förderliche Lernumgebung ermöglicht erfolgreiches Lernen. Kleine Lerngruppen, Doppelbesetzung im Unterricht und Lernmittelfreiheit sind selbstverständlich. SonderpädagogInnen, SozialpädagogInnen, SchulpsychologInnen und AssistentInnen sind fester Bestandteil des Kollegiums. Sie arbeiten als multiprofessionelle Teams zusammen. Unterschiedliche soziale und materielle Ausgangslagen der Schulen erfordern eine differenzierte Mittelzuweisung.

✓ **Schulische Bildung und Erziehung sind eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe in staatlicher und kommunaler Verantwortung.**

✓ **Bund, Land und Kommunen verpflichten sich, die Bildungsinvestitionen mindestens auf den OECD - Durchschnittswert zu erhöhen.**

✓ **Die Lehreraus- und -fortbildung wird an den Zielen einer Schule für alle ausgerichtet.**

✓ **Die Zuständigkeit der Schulträger für die Entwicklung, Ausgestaltung und Vernetzung des lokalen und regionalen Bildungsangebots wird erweitert.**

Der Schulträger sorgt für den Aufbau vielfältiger Unterstützungssysteme für die Schule. Die Kooperation der Schule mit den kommunalen Diensten wird institutionalisiert. Die Steuerung der lokalen/regionalen Bildungsentwicklung erfolgt auf der Grundlage einer umfassenden Bildungsberichterstattung.

✓ **Jede Schule erhält größtmögliche Eigenverantwortung zur Erfüllung ihres pädagogischen Auftrags.** Sie kann z.B. über die Gestaltung der Ganztagschule ebenso entscheiden wie über die Einrichtung von jahrgangs- und fächerübergreifenden Unterricht, die Ausgestaltung der Stundentafel oder Formen der Leistungsüberprüfung. Sie ist verantwortlich für eine kontinuierliche Organisations- und Personalentwicklung. Die Beteiligten – die Schulleitung, das Kollegium, SchülerInnen und Eltern, entscheiden demokratisch über die Belange in der Schule.

Acht Aphorismen zu Schule in Deutschland

Lernen zu dürfen ist Erfüllung, belehrt zu werden dagegen Abfüllung.

* * *

*Lernfähigkeit ist die Grundbedingung der menschlichen Existenz.
Darum ist die real existierende deutsche Schule existenziell gefährlich.*

* * *

*Seit PISA ist die deutsche Schule noch mehr als bisher schon zur lieblosen
didaktischen Verrichtungsbox degeneriert.*

* * *

*Wer heute noch von einer „begabungsgerechten“ Dreigliedrigkeit bei
den weiterführenden Schulen spricht, kann sich nur noch mit chronifizierter
Ignoranz oder genetisch veranlagter Neigung zur Demagogie rechtfertigen –
eine Entschuldigung gibt es dafür nicht mehr!*

* * *

*Die Bildungspolitik regredierte nach PISA 2000 in allen Bundesländern –
ganz so wie ein kleines Kind, das durch die Geburt eines Geschwisterchens
unter Stress gerät.*

* * *

*Das seismografische Institut stellt in der Region Weimar verstärkte Aktivitäten
in der Erdkruste fest: Seit der Einführung von Bildungsstandards durch die
Kultusministerkonferenz drehen sich die Klassiker in ihren Gräbern um.*

* * *

*Die Beseitigung der deutschen Bildungsmisere ist nicht wünschenswert –
sie gefährdet Tausende von Arbeitsplätzen im Nachhilfemarkt.*

* * *

*In einem auf Selektion angelegten Schulsystem kann man die positiven
Werte einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft nicht leben –
und also auch nicht zu ihnen erziehen.*

Erklärung:

EINE SCHULE FÜR ALLE. Vielfalt leben!

In einer SCHULE FÜR ALLE sind alle Kinder willkommen. Sie stärkt die Kinder und befähigt sie zu aktiver Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Sie orientiert sich an einem humanistischen Menschenbild, an Demokratie und an den Menschenrechten, wie sie in der UN- Kinderrechtskonvention und der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen festgeschrieben sind. Demgegenüber stellen wir fest: Das gegliederte deutsche Schulsystem verstößt gegen humane und demokratische Grundsätze und internationale menschenrechtliche Übereinkünfte.

Zwar werden Trennung und Aufteilung der Kinder auf ungleichwertige Schulformen heute nicht mehr mit der Ständeordnung des 18. Jahrhunderts begründet. Aber die angeblich leistungs- und begabungsgerechte Sortierung bildet auch heute noch weitgehend die soziale Stellung der Eltern ab. Die SCHULE FÜR ALLE bietet Kindern hingegen in zehn gemeinsamen Schuljahren Bildungschancen, die wesentlich weniger von Elternhaus, Einkommen, sozialer wie kultureller Herkunft abhängen und sehr viel stärker den individuellen Fähigkeiten und Begabungen des einzelnen Kindes gerecht werden.

Der Umgang miteinander und auch das Lernklima sind in einer SCHULE FÜR ALLE von gegenseitiger Achtung, Wertschätzung und Ermutigung geprägt. Das Lernen in unseren Schulen ist hingegen häufig von Konkurrenz, von Angst vor Misserfolgen und von Abwertung und Beschämung bestimmt. Solche Lernbedingungen führen bei vielen Kindern zum Verlust von Motivation, zu Versagensängsten und zu früher Entmutigung. Immer mehr Kinder leiden dadurch an psychosomatischen und depressiven Erkrankungen oder zeigen aggressives Verhalten.

Eine SCHULE FÜR ALLE geht davon aus, dass Kinder unterschiedlich lernen und unterschiedliche Leistungen erbringen. Leistungsvielfalt im gemeinsamen Unterricht stört nicht das Lernen, sondern ist lernförderlich für alle. In unserem gegliederten System aber ist selbst die individuelle Förderung zumeist von einem Defizitblick auf die Kinder bestimmt. Es wird zu wenig Wert darauf gelegt, die individuellen Stärken eines jeden Kindes zu erkennen, herauszufordern und weiterzuentwickeln. Wir fordern daher ein am einzelnen Kind orientiertes Lernen in einer SCHULE FÜR ALLE. Schule soll ein Ort des Lernens und zugleich Lebens- und Erfahrungsraum sein. Sie unterstützt Kinder darin, Verantwortung für sich, für andere und für das eigene Lernen zu übernehmen. Sie ermöglicht individuelle Lernerfolge auf hohem Niveau und fördert individuelle Leistungen.

Während außerhalb von Deutschland längeres gemeinsames Lernen in einer SCHULE FÜR ALLE eine Selbstverständlichkeit ist, wird unseren Kindern verwehrt, Unterschiedlichkeit und Vielfalt in einer Schule zu erleben und das Zusammen-Leben zu erlernen. Schülerinnen und Schüler der verschiedenen Schulformen leben häufig in getrennten Welten. Wir fragen: Wie sollen die immer wieder beklagten „Barrieren in den Köpfen“ überwunden werden, wenn nicht durch die Erfahrung gemeinsamen Lebens und Lernens von klein auf? Nur in einer SCHULE FÜR ALLE lernen Kinder; sich in ihrer Andersartigkeit als gleichwertig anzuerkennen.

Das gegliederte Schulsystem verstärkt nicht nur die soziale Ungleichheit, es führt auch zum sozialen Ausschluss von Menschen. Die Hauptschule bereitet Kinder heute auf ein Leben am Rande der Gesellschaft vor; so wie es die Sonderschule immer schon tat. Hauptschulen künstlich am Leben zu erhalten ist nicht nur verantwortungslos gegenüber den Kindern, sondern auch besonders teuer. Das gilt erst recht für Sonderschulen.

Trotz hoher finanzieller Aufwendungen sind die Lernerfolge aufgrund der extremen Anrengungsarmut dort auffällig gering. Schülerinnen und Schüler der Sonderschulen bleiben in der Regel gesellschaftlich ausgeschlossen. Wir fordern, dass die für Haupt- und Sonderschulen aufgewendeten Finanzmittel und die dort vorhandenen sonderpädagogischen Kompetenzen allen Kindern unmittelbar nach dem Grundsatz zugute kommen: Die Förderung kommt zum Kind. Um allen Kindern

eine gute Schule mit qualitativ hochwertigen Förderstandards zu bieten, müssen dem deutschen Schulsystem, das im internationalen Vergleich unterfinanziert ist, die erforderlichen zusätzlichen Mittel bereit gestellt werden.

Für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft brauchen wir gut gebildete Menschen. Dem heutigen Schulsystem gelingt es nicht, allen Kindern hinreichend Zugang zu Bildung zu verschaffen. Deshalb liegen viele Potentiale brach und verkümmern. Zugleich wachsen in unserer Gesellschaft die Aufwendungen für Sozialleistungen und für die Bekämpfung von Kriminalität.

Wir stellen fest: Besonders im ländlichen Raum ist es für viele Schulträger inzwischen wegen sinkender Schülerzahlen und verändertem Schulwahlverhalten unmöglich, überhaupt noch ein Schulangebot bereit zu stellen. Zunehmend erkennen sie, welche Chancen eine SCHULE FÜR ALLE bietet. Sie ist allein geeignet, ein wohnortnahes, zuverlässiges und qualitativ hochwertiges Schulangebot zu sichern, das den Zugang zu allen weiterführenden Bildungswegen eröffnet.

Modelle der sog. Zweigliedrigkeit werden häufig als politische Lösung für die Schulkrise dargestellt. Wir halten auch diese Modelle mit der Sonderstellung des Gymnasiums für ausgrenzend. Eine SCHULE FÜR ALLE ist das einzige Modell, das auch das Recht auf Bildung für Menschen mit Behinderungen uneingeschränkt ohne Diskriminierung und auf der Basis von Chancengleichheit erfüllen kann. Wir akzeptieren daher keine falschen bildungspolitischen Kompromisse zugunsten gymnasialer Sonderinteressen.

Mit der Anerkennung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen haben sich Bund und Länder zur Verwirklichung des Menschenrechts auf gemeinsames Lernen von Kindern mit und ohne Behinderungen in einem inklusiven Schulsystem verpflichtet.

Wir fordern mit vielen Organisationen und Menschen aus allen Teilen der Gesellschaft die verantwortlichen Politiker und Politikerinnen auf, ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen nachzukommen und die notwendigen Schritte zu einer SCHULE FÜR ALLE in einem inklusiven Schulsystem jetzt einzuleiten.

Prof. Dr. Hans Wocken Die inklusive Schule in Bildern 2



Bild: forolia.de

Vielfalt der Lernwege

Hans Wocken, Das Haus der inklusiven Schule.
Baustellen - Baupläne - Bausteine
Hamburg (Feldhaus) 2011

Für Menschenrecht auf gemeinsames Lernen

Integriert die Gymnasiasten!

KOMMENTAR VON BRIGITTE SCHUMANN

Viel ist derzeit von Integration die Rede. Meist ist damit die Integration von Migranten in die deutsche Gesellschaft gemeint. Aber Integration hat viele Facetten. Dazu gehört die Frage, wie Menschen mit Behinderung eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht wird.

Deren Rechte zu stärken ist das Anliegen der UN-Behindertenrechtskonvention. Sie fordert ein Recht auf inklusive Bildung, versteht dies jedoch ausdrücklich nicht als Spezialrecht für Menschen mit Behinderungen, sondern als allgemeines Menschenrecht. Das Recht auf gemeinsames Lernen sollte auch für alle anderen gelten - unabhängig von Elternhaus und Einkommen, sozialer, kultureller oder ethnischer Herkunft und individuellen Fähigkeiten. Inklusive Bildung, wie sie die UN für Kinder mit Behinderungen fordert, ist also an die Existenz einer „Schule für alle“ gebunden.

Die UNESCO hat dieses Verständnis von inklusiver Bildung als Menschenrecht seit ihrer Konferenz von Salamanca 1994 zum Gegenstand ihrer weltweiten Kampagnen gemacht. Auch die deutschen Bundesländer haben sich mit der Anerkennung der UN-Behindertenrechtskonvention verpflichtet, eine inklusive Bildung zu gewährleisten. Der Paradigmenwechsel, der damit einhergeht, wird allerdings ignoriert oder gar gelehnet.

Recht auf gemeinsames Lernen

Anstelle eines nicht-selektiven, inklusiven Schulsystems ist die Zweigliedrigkeit in den deutschen Bundesländern auf dem Vormarsch.

Zweigliedrigkeit bedeutet, dass die Kinder des Gymnasiums ausschließlich mit solchen Kindern zusammen lernen, die in der Regel entsprechend ambitionierte Eltern aus der Ober- und Mittelschicht haben und für das Beschleunigungsprogramm G 8 als geeignet befunden wurden. Kinder mit Entwicklungsproblemen oder sozial benachteiligte Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern oder mit Migrationshintergrund (die hierzulande häufig zu Behinderten gestempelt werden), fallen da meist heraus. Die Kinder der Unterschicht und des Prekariats lernen mit denen, die nicht die Gymnasialfähigkeit besitzen oder aus anderen Gründen die zweite Schulform vorziehen. So zementiert man die Klassengesellschaft.

Während außerhalb Deutschlands das längere gemeinsame Lernen in einer „Schule für alle“ vielerorts eine Selbstverständlichkeit ist, beharrt Deutschland auf seinem Sonderweg. Unseren Kindern wird verwehrt, Unterschiedlichkeit und Vielfalt in der Schule zu erleben und das Zusammenleben zu erlernen. Wie aber sollen Vorurteile überwunden werden, wenn Kinder nicht durch gemeinsames Leben und Lernen von klein auf lernen, sich in ihrer Andersartigkeit als gleichwertig anzuerkennen?

Migräne und Kopfschmerzen

Vielfalt im gemeinsamen Unterricht stört nicht das Lernen, sondern fördert individuelle Leistungen auf hohem Niveau. Die UNESCO hat dafür eine einleuchtende Erklärung: „Da inklusive Schulen Kinder gemeinsam unterrichten, müssen sie Mittel und Wege finden, beim Unterrichten auf individuelle Unterschiede einzugehen. Davon profitieren alle Kinder.“ An vielen Gymnasien dagegen gehören Kopfschmerzen und Migräne inzwischen zum Alltag. Nicht wenige Schülerinnen und Schüler flüchten sich vor dem hohen Leistungsdruck in regelmäßigen Alkoholkonsum, wie Befragungen ergeben haben.

Restlaufzeit für dieses System

Wir brauchen eine Bewegung, die für das Menschenrecht auf gemeinsames Lernen streitet. Wie beim Atomausstieg sollte auch für das selektive Schulsystem eine Restlaufzeit festgesetzt werden. Wir brauchen den Einstieg in den Ausstieg jetzt! In der Übergangszeit darf es keine Zwangszuweisungen zur Sonderschule oder zur Hauptschule mehr geben. Durch die Verpflichtung, individuell zu fördern und auf Abschlüssen und Klassenwiederholungen zu verzichten, entwickeln alle Schulen ein inklusives Selbstverständnis. Selbstverständlich müssen Schulen und Lehrer dafür so gut wie möglich mit Fortbildung, Ausbildung und zusätzlichen Ressourcen sowie durch den Aufbau pädagogischer Unterstützungszentren in den Schulen gestärkt werden.

Für diese Reform braucht es einen politischen Willen. Man muss Walter Hircher, den Präsidenten der Deutschen UNESCO-Kommission, unbedingt beim Wort nehmen. Er schrieb: „Allen Kindern soll ermöglicht werden, in einem gemeinsamen Unterricht voll am schulischen Leben teilzuhaben. Erst wenn Systeme dies für alle Kinder leisten, können wir von umfassender Bildungsgerechtigkeit sprechen.“ Dieses Bekenntnis verpflichtet zum aktiven Handeln.

(gekürzte Fassung: Artikel in der taz 27.10.2010)

Eine Schule für alle



Rückmeldebogen

zum NRW-Bündnis „Eine Schule für alle“ www.nrw-eineschule.de

bitte kopieren und senden an: Uta Kumar, Schildescher Str. 67, 33611 Bielefeld, utakumar@gmx.de

Ja, ich unterstütze das NRW-Bündnis „Eine Schule für alle“.

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte mit meinem Namen und der Wohnortangabe als UnterstützerIn aufgenommen werden.
- Ich möchte mit meinem Namen und zusätzlich mit der unten angegebenen Funktion in die Liste der UnterstützerInnen aufgenommen werden.
- Ich möchte als VertreterIn der unten genannten Organisation, die den Aufruf unterstützt, in die Liste der UnterstützerInnen aufgenommen werden.
- Ich möchte Geld spenden
- Ich möchte das Bündnis gerne unentgeltlich durch einen oder auch mehrere Vorträge zum Thema „Eine Schule für alle“ / „Volksbegehren“ / _____ unterstützen.
- Ich empfehle für eine Informationsveranstaltung „Eine Schule für alle“ folgende ReferentIn/ folgendes Thema: _____
- Ich möchte das Bündnis gern auf andere Weise unterstützen, nämlich durch: _____
- Ich werde versuchen, (die Person / die Organisation) _____ als UnterstützerIn zu gewinnen.
- Ich möchte aktiv mitarbeiten und zum nächsten Treffen eingeladen werden.
- Ich möchte regelmäßig über das Bündnis informiert werden.
- Ich habe folgende Ideen / Vorschläge / Bemerkungen: _____

Titel, Vorname, Name: _____

Funktion / Organisation: _____

Straße: _____

PLZ: _____

Ort: _____

Telefon: _____

E-Mail: _____

Telefax: _____

Unterschrift: _____